Stand: 13.07.2025 04:25:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23761

"Umfassende Entlastungen der Bürger und Einführung des Steuertarifs auf Rädern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23761 vom 20.07.2022
2. Beschluss des Plenums 18/23805 vom 21.07.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 122 vom 21.07.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 20.07.2022 **Drucksache** 18/**23761**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Umfassende Entlastungen der Bürger und Einführung des „Steuertarifs auf Rädern“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, den Einkommensteuertarif jährlich zu Beginn eines jeden Veranlagungszeitraums an die Entwicklung der Verbraucherpreise anzupassen.

Der Landtag stellt fest, dass die bisherigen Versuche der Bundesregierung, den Bürger zu entlasten, nicht zufriedenstellend sind. Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, sich − wie bereits in der Drs. 18/23469 gefordert − für tatsächliche Entlastungen der Bürger in allen Bereichen einzusetzen.

Begründung:

Das allgemeine Preisniveau steigt seit Juli 2021 stetig an und befindet sich Mitte des Jahres 2022 bei fast 8 Prozent.[1] Die Inflation belastet die Bürger zunehmend und bewegt sich seit Monaten auf hohem Niveau. Die bisher von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen entlasten den Bürger kaum, da diese in ihrer Wirkung gering und in ihrer Dauer begrenzt sind. Dabei führt der einseitige Fokus auf die steigenden Energiepreise für Endverbraucher in den vergangenen Monaten in die Irre, denn steigende Energiepreise treiben – zeitlich versetzt – die Preise nahezu aller Produkte und Dienstleistungen in die Höhe. Die Privathaushalte brauchen also eine allgemeine Entlastung.

Die Fraktion der AfD im Bundestag hat bereits im Jahr 2018 (BT-Drs. 19/1844) die kalte Progression thematisiert und deren Abschaffung gefordert.[2] Auch in der aktuellen Legislaturperiode im Bund wurde, zu Beginn dieses Jahres, ein Antrag auf die Bekämpfung der kalten Progression mit einem ausgearbeiteten Konzept gestellt (BT-Drs. 20/698).[3] Durch die Einführung des „Steuertarifs auf Rädern“, also einer jährlichen Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Verbraucherpreisentwicklung, kann der kalten Progression begegnet werden. Daher sollte die Staatsregierung sich auf Bundesebene für die Übernahme des Konzepts einsetzen.

Außerdem sollte sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine weitere Erhöhung des Grundfreibetrags, des Sparerpauschbetrags und eine Erhöhung der Entfernungspauschale und Anwendung derselben ab dem ersten Kilometer einsetzen. Abseits des Einkommensteuergesetzes würde zudem die Abschaffung der CO_2-Steuer eine spürbare Entlastung für den Bürger bedeuten – daher sollte die Staatsregierung auch diese Forderung an den Bund richten.

---

1 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/07/PD22_296_611.html
2 https://dserver.bundestag.de/btd/19/018/1901844.pdf
3 https://dserver.bundestag.de/btd/20/006/2000698.pdf

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 21.07.2022 **Drucksache** 18/**23805**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 18/**23761**

Umfassende Entlastungen der Bürger und Einführung des „Steuertarifs auf Rädern“

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Claudia Köhler
Abg. Markus Plenk
Abg. Harald Güller
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Hans Herold
Staatsminister Albert Füracker

Präsidentin Ilse Aigner: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Entlastungen und Abbau der kalten Progression (Drs. 18/23715)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm und Fraktion (AfD)
Umfassende Entlastungen der Bürger und Einführung des "Steuertarifs auf Rädern" (Drs. 18/23761)

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Bernhard Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, das Steuerrecht ist eigentlich ein Herzstück der Politik; denn mit den Steuereinnahmen gestalten wir die Haushalte, und mit den Haushalten gestalten wir die Politik, also die Schwerpunkte, die wir tagtäglich für die Menschen, für die Wirtschaft und für die Unternehmen im Freistaat Bayern setzen wollen.

Herr Staatsminister Füracker, wir haben in dieser Legislaturperiode beispielhaft ein Steuerprojekt auf den Weg gebracht, nämlich die Grundsteuer. Das ist ein Steuerprojekt, das sehr schlank und effektiv gestaltet wurde. Steuern sind aber auch die Kommunikation des Staates mit seinen Bürgern und mit seinen Leistungsträgern, also mit denjenigen, die den Staat finanzieren. Hier hat es in den letzten Jahren und Jahrzehnten erhebliche Kommunikationsdefizite gegeben. Eines dieser Kommunikationsdefizite ist das Thema der kalten Progression.

Was erwarten Arbeitnehmer völlig zu Recht, wenn sie als Mitarbeiter in einem Unternehmen tätig sind, ihr Unternehmen satte Gewinne erwirtschaftet, blendend dasteht und es eigentlich nur noch in eine Richtung, nämlich nach oben, geht? – Sie erwarten eine Gratifikation. Sie erwarten eine Anerkennung. Sie erwarten eine Lohnerhöhung. Was macht der Staat? – Er macht genau das Gegenteil.

Seit 2008, seitdem wir als FREIE WÄHLER hier im Parlament sind, gibt es eine Erhöhung der Steuereinnahmen um nahezu 50 %. Aber der Steuertarif ist gleich geblieben. Das heißt: Wir haben Rekordsteuereinnahmen erwirtschaftet, und die Menschen müssen prozentual immer mehr Steuern bezahlen. Ist das richtig? Ist das fair? – Wir meinen: Nein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deswegen müssen endlich die richtigen Konsequenzen gezogen werden, und zwar für alle Steuerzahler und nicht nur für einen Teil davon, sondern für alle, die dazu beitragen, dass wir diesen Staat aufrechterhalten und finanzieren können; denn es ist uns nicht geholfen, wenn irgendjemand sagt: Na ja, wenn ich großteils nur noch für den Staat arbeite und mir nur ein kleiner Teil davon verbleibt, dann mache ich halt weniger oder ich verlagere meine Aktivitäten ins Ausland. – Was hilft es denn, wenn wir hier in Bayern, in Deutschland an der Steuerschraube drehen und die Menschen ins benachbarte Österreich gehen? Was haben wir davon? – Wir haben den Schaden. Genau deswegen ist es nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der Vernunft, hier zu reagieren und die kalte Progression endlich dem anzupassen, was über Jahre hinweg den Bürgern als Inflation weggenommen wurde, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Gerade in der jetzigen Phase, in der wir wieder in eine richtige Inflation hineinkommen, ist es wichtiger denn je. Es kann doch nicht sein, dass irgendwann einmal zwei Drittel oder drei Viertel der Menschen im Spitzensteuersatz sind. Das kann doch nicht sein. Das kann doch nicht richtig sein. Deswegen ist unser Appell, jetzt endlich damit

aufzuhören, jetzt endlich dem Bürger das zurückzugeben, was man ihm zurückgeben muss, den Bürger fair zu behandeln, die Wirtschaft fair zu behandeln und damit Signale zu setzen, dass es sich lohnt, in Deutschland, in Bayern zu arbeiten und unternehmerisch tätig zu sein, und letztendlich den Fortbestand unseres Gemeinwesens im jetzigen Umfang sicherzustellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um einen Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU mit dem Inhalt, die kalte Progression auszugleichen. Jahrelang haben wir von der AfD auch hier im Landtag das sinkende Realeinkommen beklagt; gleichwohl stießen wir auf taube Ohren. – Herr Kollege Pohl, es war auch kein Kommunikationsdefizit, sondern es hat Sie einfach nicht interessiert, solange Schwarz-Rot in Berlin an der Macht war.

Jetzt, da die Ampel in Berlin regiert, bekommen auf einmal CSU und FREIE WÄHLER moralische Skrupel gegenüber der jahrzehntelangen Lobbypolitik für die hofierte Elite, vor allem auf Kosten der kleineren Einkommen. Dabei beweist Söders Politik im Freistaat die genau gegenteilige Gesinnung; denn kalte Progression bedeutet auch, dass der Staat mehr Steuern einnimmt, die er den geringen und mittleren Einkommen abknöpft, die Eliten also im Verhältnis weniger belastet als die kleinen Einkommen. Der Staat erhält also insgesamt mehr Steuereinnahmen, bezahlt von den Geringverdienenden. Würden Sie es also mit der Bekämpfung der kalten Progression ernst meinen, dann müssten Sie erst einmal lernen, mit weniger Geld auszukommen. Eines will ein Herr Söder ganz sicher nicht: weniger Geld ausgeben.

Schon vor Corona hat Söder trotz Rekordsteuereinnahmen noch mehr Schulden aufgehäuft. Mit der völlig nutzlosen Lockdown-Politik hat er den Freistaat über Generationen hinaus verschuldet. Ihr Antrag ist unehrlich, da Sie vorgeben, weniger Steuern aus der verarmenden Bevölkerung auspressen zu wollen, zugleich aber dieses Geld mit vollen Händen für Söders Leuchtturmprojekte und anderen links-grünen Schwachsinn verprassen – übrigens mit der Folge, dass Söder durch seine desaströse Politik grüne Wunschträume erfüllt. So kann sich heute fast kein Bürger mit mittlerem und kleinerem Einkommen mehr die eigenen vier Wände leisten. Ein wahr gewordener grüner Wunschtraum.

Und Söder erfüllt den nächsten grünen Traum. Der Bürger mit kleinem Einkommen wird sich in naher Zukunft kein Auto mehr leisten können. Dann kann endlich die Elite mit ihren Teslas durch freie Straßen brausen. Ihr Antrag ist also wieder einmal pure Heuchelei; Ihre gesamte angeblich christlich-soziale Politik dient in Wirklichkeit nur dem Raubtierkapitalismus und den Eliten. Würden Sie es ernst meinen, dann müssten Sie sparen lernen und würden nicht weiter auf Kosten des kleinen Mannes die grüne Inflation antreiben.

Der Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER enthält auch – wie so oft – keinen konkreten Vorschlag. Wir fordern in unserem Antrag konkret, den Einkommensteuertarif jährlich zu Beginn eines jeden Veranlagungszeitraums an die Entwicklung der Verbraucherpreise anzupassen. Damit wäre auf einfache Weise die kalte Progression beseitigt.

Sehr geehrte Kollegen, ich komme zum Ende.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Dringend!)

Sie schüren die kalte Progression auch durch die von Ihnen ohne Not angerichtete Energiekrise weiter an. Und angesichts der jetzt bevorstehenden Sommerpause kann ich Sie nur warnen: Der Winter naht!

(Zurufe von der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD: Oh!)

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 18/23714 bekannt geben. Mit Ja haben 51, mit Nein 92 gestimmt; es gab 10 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Jetzt erteile ich der Kollegin Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Die CSU hat nach der Bundestagswahl 2021 sämtliche Reset-Tasten gedrückt und will alles vergessen, was sie in Berlin in den vergangenen 16 Jahren mitbeschlossen oder verbockt hat; so auch die Steuerpolitik. Offensichtlich spekulieren Sie darauf, dass auch Ihre Wählerinnen und Wähler alles vergessen haben. Die kalte Progression war schon oft Thema, auch im Bundestag. In der Folge wurde im März 2012 das Gesetz zum Abbau der kalten Progression angenommen.

Damit wird die Bundesregierung beauftragt, beginnend mit der 18. Legislaturperiode ab dem Jahr 2013 alle zwei Jahre zusammen mit dem Existenzminimumbericht einen Bericht über die Wirkung der kalten Progression im Verlauf des Einkommensteuertarifs, den sogenannten Steuerprogressionsbericht, vorzulegen. Auf dieser Grundlage werden die Steuersätze angepasst – sowieso. Herr Pohl, insofern ging Ihr Redebeitrag neben dem Thema völlig an der Realität vorbei. Das ist Geschwätz, dass es keine Regelung gäbe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wirkung der kalten Progression wird zur Anpassung der Einkommensteuersätze bereits alle zwei Jahre überprüft. Der letzte Bericht ist vom Oktober 2020. Das heißt, in diesem Herbst ist der nächste Bericht zu erwarten. Auf dessen Grundlage wird der Bundestag wieder die Steuersätze anpassen. Ich gehe fest davon aus, dass der Bundesfinanzminister das so machen wird, wie es vorgesehen ist. Dazu braucht es aber keinen Antrag aus dem Bayerischen Landtag und schon gar keinen Beschluss. Es gibt also längst ein Verfahren, um die Wirkung der kalten Progression auszugleichen.

In Ihrem Antrag tun Sie so, als gäbe es überhaupt nichts. In Ihrem Redebeitrag haben Sie auch so getan. Der Antrag ist völlig überflüssig. Gerade nach dem, was Sie gesagt haben, finde ich ihn auch populistisch. Das ist ein reiner Show-Antrag, der nur wieder davon ablenken soll, dass Sie die Verantwortung in Bayern und im Bund für die momentan fossil getriebene Inflation tragen. Ihre Verantwortung und Ihre großflächige Arbeitsverweigerung, was die Erzeugung und den Transport regenerativer Energien betrifft, sowie Ihre Boykottierung des Netzausbaus haben uns völlig abhängig vom russischen Gas gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer will die Atomkraft abschalten, obwohl wir sie brauchen?)

Hätten wir mehr Windkraft in Bayern, hätten wir auch weniger Inflation.

(Alexander König (CSU): Jetzt kommt das Märchen wieder!)

Dann hätten wir eine ganz andere Sicherheit und wären lange nicht so erpressbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rund 45 % unseres Gas- und Ölbedarfs in Bayern deckt Russland. In Nordrhein-Westfalen sind es 8 %. Die Kohle kann man noch nicht einmal ordentlich herschaffen, weil sie weder die Binnenschifffahrt noch die Bahn für den Transport ausgebaut haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer will CO_2 sparen?)

Heuer wurden 3 Windräder bei uns gebaut, 72 in Schleswig-Holstein. Hätten wir längst viel mehr Photovoltaik – –

(Zurufe von der CSU: Hätte, hätte!)

– Ja, hätte, hätte – das sehe ich auch so. Aber das hilft uns momentan nicht, weil Sie so lange untätig waren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Photovoltaikanlagen wenigstens auf öffentlichen Gebäuden und Windkraft würden die Menschen entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer redet hier nicht zum Thema?)

Bitte machen Sie das, wofür Sie in Bayern zuständig sind. Sorgen Sie bei all diesen existenziellen Herausforderungen für den Zusammenhalt, anstatt die Menschen mit Schlagwörtern und teilweise unsäglichem Vokabular gegeneinander und gegen unseren Staat aufzuhetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Köhler, Sie haben erwähnt, hätten wir mehr Windenergie, hätten wir weniger Inflation – wie Sie‘s genannt haben – also weniger Preissteigerung. Meine Frage dazu: Wie hoch schätzen Sie den Anteil dessen, wie stark quasi zusätzliche Windenergie die Preissteigerung reduzieren würde?

Claudia Köhler (GRÜNE): Ich nenne keine Zahlen aus der hohlen Hand. Ich verkünde auch keine Überschriften und Zahlen, die ich dann nicht einhalte. Wir brauchen

dringend Windenergie. Das wurde in den letzten Jahren durch die 10-H-Regelung regelrecht verhindert. An dieser wurde auch in dieser Legislaturperiode festgehalten.

(Widerspruch bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das bedingt die Inflation?)

Wissen Sie, was mich so fassungslos macht?

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

– Herr Pohl, Sie haben überhaupt nicht über kalte Progression geredet. Sie haben voll am Thema vorbeigeredet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wissen Sie, was mich so fassungslos macht? – Die Leute haben heuer eine extrem hohe Energierechnung zu erwarten.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Aber Sie bewegen sich weiterhin keinen Millimeter. Sie stehen in der Verantwortung, und Sie bringen das gleiche dumme Geschwätz von vorgestern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD spricht nun Herr Kollege Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Steuerpolitik und die Bekämpfung der kalten Progression in zwei Minuten Redezeit, die die SPD noch zur Verfügung hat. Das wird für Herrn Kollegen Pohl eine Herausforderung, weil er ausweislich seiner Rede von der kalten Progression gar keine Ahnung hat. Du kannst das Thema später nachlesen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erstens gibt es alle zwei Jahre einen Existenzminimumbericht zur Höhe der steuerlichen Last. Zweitens wird der steuerliche Grundfreibetrag aufgrund dieses Berichts alle zwei Jahre angepasst. Im Jahre 2015 betrug der Grundfreibetrag 8.472 Euro, im Jahr 2022 10.347 Euro. Es kann nicht die Rede davon sein, dass sich nichts bewegt.

Drittens gibt es ebenfalls alle zwei Jahre einen Steuerprogressionsbericht, auf dessen Basis die Maßnahmen gegen die kalte Progression ergriffen werden. Viertens wird auf dieser Basis festgelegt, ab wann die letzte Tarifzone, der sogenannte Spitzensteuersatz, beginnt. Im Jahr 2015 waren das 250.731 Euro, sieben Jahre später waren es 277.825 Euro. Kolleginnen und Kollegen, dass das ungerecht ist, kann ich bei Gott nicht erkennen.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens wird über die Idee, die Berichte jährlich zu machen, im Deutschen Bundestag und in der Ampel-Regierung diskutiert. Wir sind offen, das so zu machen.

Sechstens muss man auch feststellen, dass die geschilderten Maßnahmen und die reine Verschiebung der Tarifeckwerte nach rechts auch eine ungerechte Situation darstellen. Wenn Sie eine Rechengröße von 6 % – bei der aktuellen Inflation könnte man auch noch mehr nehmen – zugrunde legen, bedeutet das, dass jemand, der ein Bruttoeinkommen in Höhe von 20.000 Euro zu versteuern hat, nur 160 Euro mehr bekommt. Jemand, der ein Bruttoeinkommen von 600.000 Euro zu versteuern hat, wird um 1.100 Euro entlastet. Der eine wird um 160 Euro, der andere um 1.100 Euro entlastet. Das ist für uns ungerecht. Deshalb haben wir – siebtens – als SPD und als Ampel-Regierung Entlastungspakete in Höhe von 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Man muss beides machen. Man muss die kalte Progression sinnvollerweise bekämpfen und zusätzliche Entlastungspakete auf den Weg bringen.

Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER, Ihr Antrag ist erstens überflüssig. Zweitens hat er keine Lösung, die sozial gerecht ist. Deswegen bleibt nichts anderes übrig, als ihn abzulehnen. Wir arbeiten in der Ampel in Berlin an den

Problemen, die Sie in den letzten Jahrzehnten in der Regierung mit uns nicht lösen wollten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP spricht als Nächster der Kollege Dr. Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute scheinen alle noch einmal guter Stimmung zu sein. Das ist die Vorfreude auf die Sommerpause.

Der vorliegende Antrag ist, glaube ich, wieder ein besonderes Highlight der parlamentarischen Selbstironie. Anders kann man das nicht bezeichnen. Der Bayerische Landtag ist dafür nicht zuständig. Die Regierungsparteien fordern sich selbst zu etwas auf – und zu etwas, was die CSU schon seit vielen Jahrzehnten hätte machen können.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind es ja inzwischen gewöhnt, dass der Regierungskoalition in Bayern nichts anderes mehr einfällt, als ständig auf Berlin zu zeigen. Bei den FREIEN WÄHLERN – Sie haben dort eh nichts zu sagen – mag es verständlich sein, und auch bei der CSU, weil Sie sich heute noch ärgern, dass Sie sich durch Ihr Verhalten selbst aus der Regierungsverantwortung geschossen haben.

(Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Und ihr habt nächstes Jahr nichts mehr zu sagen! So schaut es aus!)

Aber, liebe FREIE WÄHLER – ich gehe mal davon aus, der Antrag kam von den FREIEN WÄHLERN –, das ist schon ein sehr plumper Versuch. Sie bewegen sich intellektuell in Richtung des rechten Flügels hier. Das hätte ich jetzt nicht von Ihnen erwartet.

Aber trotzdem mal zum Inhalt: Das Problem der kalten Progression, glaube ich, ist bekannt. Es gibt genug Versuche, das anzugehen, mit einer Flattax den Bauch des Progressionsanstiegs zu verflachen, mit einer automatischen Anpassung.

Übrigens, liebe AfDler, so wie Sie es vorgeschlagen haben, funktioniert es ja wirklich nicht. Da sind wir ja Inflationsbeschleuniger, wenn wir das so machen.

Es gibt diverse Mischvarianten – die FDP hat jede Menge Vorschläge dazu gemacht. Wie gesagt, CDU und CSU haben sie im Bundestag wiederholt abgelehnt. Es freut mich, dass die CSU jetzt offenbar zu neuen Ufern der Erkenntnis aufgebrochen zu sein scheint.

Die aktuelle Phase der Inflation kostet den Einzelnen natürlich an Steuerzahlung. Diesen Progressionsbauch wollen wir natürlich aus staatlicher Sicht nicht mitnehmen, sondern wir müssen da gegensteuern. Finanzminister Lindner hat das, glaube ich, mehrfach betont. Es gab ja auch schon einen Beschluss. Der Grundfreibetrag ist schon mal angepasst worden. Über den Progressionsbericht ist auch hier schon gesprochen worden.

Vielleicht einfach einmal ein Zitat von Herrn Lindner vor kurzer Zeit: Wir machen eine Lohn- und Einkommensteuerreform im nächsten Jahr, passen den steuerlichen Grundfreibetrag und den Steuertarif der Inflation an. Wenn es nach mir geht, gibt es auch noch eine zusätzliche Entlastung für Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen obendrauf. – Also, wenn das nicht reicht, dann frage ich mich, wozu wir hier dann überhaupt noch diskutieren.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht noch ein, zwei Anmerkungen: Alle Steuermehreinnahmen, die insbesondere – nicht nur – durch die Inflation entstanden sind, gehen in Ausgleichsmaßnahmen, in Entlastungspakete. Eine Anpassung der Einkommensteuer an die Inflation – wenn wir darauf verzichten würden – ist keine Steuersenkung. Alles andere wäre sogar eine

Steuererhöhung durch Unterlassung. Das möchte ich einmal ganz klar feststellen. So ist unsere Vorstellung.

Noch einmal möchte ich darauf hinweisen: Die Kollegin Esken von der SPD aus dem Bundestag hat gemeint, der Vorschlag vom Herrn Lindner wäre teuer und stehe nicht im Koalitionsvertrag. – Nein, genau andersrum ist es. Genau das steht drin, dass nämlich die Steuerbelastung nicht steigen darf. Das müssen wir dann deshalb so machen.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht noch eine Frage an die FREIEN WÄHLER: Haben Sie eigentlich mal nachgerechnet, was es die Gemeinden kostet? – Also, wenn wir da runtergehen, dürfen Sie auch nicht vergessen: Die haben ja auch einen entsprechenden Anteil. – Sie berufen sich doch immer besonders auf Ihre kommunale Basis. Auch da müssen Sie sich mal was überlegen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die FDP ist gegen Steuersenkungen!)

Fazit: Dank an die Regierungsfraktionen, dass Sie das Vorhaben von Finanzminister Christian Lindner unterstützen. Aber wir wollen der Staatsregierung keine unnötige Arbeit aufbürden, und CSU/FREIE WÄHLER lehnen solche Anträge ja immer ab, wenn sie sagen: Das ist ja schon in Arbeit. – Ganz so weit will ich nicht gehen. Ich will den Lernprozess durchaus honorieren, und deshalb werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Ich darf jetzt schon darauf hinweisen, dass zum nächsten Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Als Nächster hat der Kollege Hans Herold das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ergänzend zu den Aussagen meines Kollegen Bernhard Pohl

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

möchte ich den Hinweis geben: Es ist wirklich eine Frage der Vernunft, bei diesem wichtigen Thema auch entsprechend zu reagieren. – Sie wissen doch alle: Diese kalte Progression muss ja auch regelmäßig ausgeglichen werden, um das Steuerniveau nicht nach oben zulasten unserer Bürgerinnen und Bürger entgleiten zu lassen.

Ich möchte auf die – in Anführungszeichen – beeindruckende Singstunde von Herrn Kollegen Mang von der AfD nicht näher eingehen.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber ich möchte auf die Aussagen der Kollegin Köhler eingehen. Also, liebe Frau Köhler, da haben Sie das Thema absolut verfehlt! Sie wollten heute hier bei dieser Diskussion nur Ihre grüne Ideologie loswerden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von den GRÜNEN: Oje!)

Ich möchte auch Ihre Aussage zurückweisen, das sei ein Geschwätz vom Herrn Pohl gewesen. – Ganz im Gegenteil! Das war kein Geschwätz, sondern eine klare Aussage zu diesem wichtigen Thema, das wir heute auch entsprechend – –

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Absolut Thema verfehlt! Sie verkaufen Ihre grüne Ideologie natürlich gerne.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Seit wann ist Klimaschutz Ideologie? Sorry!)

Ich finde es in der jetzigen Situation unverantwortlich, zum Beispiel auch die Abschaltung der restlichen drei Kernkraftwerke – –

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Sie haben doch auch zu diesem Thema gesprochen. Dann müssen Sie das auch bei mir akzeptieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie erwähnen immer wieder die Windräder in Bayern, die vielen Windräder. Wo sind denn die Windräder in Baden-Württemberg, liebe Frau Köhler?

(Katharina Schulze (GRÜNE): In Relation zur Fläche hat Baden-Württemberg mehr! Hören Sie endlich zu!)

Wo sind denn die Windräder in Baden-Württemberg,

(Unruhe)

wo Ihr Partner Minister ist?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt keine Windräder in Baden-Württemberg, wo die GRÜNEN seit zwölf Jahren regieren.

(Staatssekretär Roland Weigert: Wohl gesprochen! – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Wer ist denn einer der größten Gasabnehmer in Deutschland, liebe Frau Kollegin? – Baden-Württemberg. Das möchte ich

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Der größte ist Bayern!)

auch noch mal ganz deutlich sagen.

Ein Wort ganz kurz auch zum Kollegen Güller: Lieber Harald, ich schätze dich wirklich sehr. Aber du hast vergessen zu sagen, wer in den letzten fünf Jahren der Bundesfinanzminister war.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! – Zurufe)

– Auch zuständig, ja! Das war, glaube ich, ein gewisser Herr Scholz, wenn ich mich recht erinnere. Auch das sollte man sehr deutlich sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Staatssekretär Roland Weigert: Ross und Reiter!)

– Ganz genau, so ist es.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dieser grünen Ideologie noch mal ganz kurz zum Thema zurück: Deutschland erlebt gerade den größten Teuerungsschub seit vierzig Jahren. Das wissen Sie alle. Zur Inflation kommen bedauerlicherweise auch noch die niedrigen Zinsen. Daher haben unsere Bürgerinnen und Bürger und auch unsere fleißigen Menschen in Deutschland generell mit einer doppelten Entwertung ihrer Kaufkraft zu kämpfen, einer Entwertung ihrer Einkommen und auch einer Entwertung ihres Ersparten. Diesen Punkt sollte man immer wieder auch besonders erwähnen.

Deswegen sage ich sehr deutlich, auch für die CSU-Fraktion: Das Steuerrecht, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann und muss einen Beitrag zur Entlastung leisten. Der Staat muss alles unternehmen, diese aktuelle Situation, wie ich sie soeben geschildert habe, zu entschärfen, anstatt sie noch zu befeuern. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, braucht es einen Ausgleich der kalten Progression.

Weitere Forderungen, die wir als Union gestellt haben – das wissen Sie –: Es kann nicht beim Ausgleich der kalten Progression bleiben. Die CSU fordert deutlich mehr Entlastung bei den Bürgern. Wir haben uns auf Bundesebene bereits für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Energie, eine Ausdehnung des Verlustrücktrags auf drei Jahre und eine Streichung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel sowie eine Reduzierung der Umsatzsteuer auf regionale Produkte eingesetzt.

Umso mehr – das ist auch ein Appell oder ein Hinweis an die FDP – freue ich mich, dass unser Bundesminister Christian Lindner die CSU-Forderung, die Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent anzuheben, aufgegriffen hat. Damit dürfte auch die Tür für weitere Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger in der Ampelkoalition geöffnet sein.

Deswegen finde ich diesen gemeinsamen Antrag heute richtig und auch wichtig, und ich bitte um Zustimmung. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt Interventionen. – Die erste Intervention kommt von der Kollegin Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Herold, Sie haben jetzt über die Mehrwertsteuer gesprochen, über die Atomkraft, über die Pendlerpauschale und den Verlustrücktrag. Wir debattieren aber gerade über Ihren Antrag zur kalten Progression. Würden Sie vielleicht noch ein paar Sätze zur kalten Progression sagen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wer hat denn angefangen mit dem Quatsch?)

Hans Herold (CSU): Ich gehe mal davon aus, dass Sie als stellvertretende Ausschussvorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses wissen, was diese kalte Progression ist.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Deswegen brauchen wir jetzt heute hier im Plenum quasi keine Lehrstunde durchzuführen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ich hoffe sehr, dass Sie auch wissen, was damit gemeint ist: dass zum Beispiel bei einer Erhöhung des Lohnes möglicherweise sogar die Steuer – ganz vereinfacht ausgedrückt – erhöht wird.Ich denke, das werden Sie auch wissen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Dr. Kaltenhauser. Bitte.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Lieber Herr Kollege Herold, mir sei eine letzte Frage kurz vor der Sommerpause erlaubt: Nach deinen Ausführungen verstehe ich noch weniger, warum der Antrag überhaupt gestellt wurde. Wir sind uns einig, dass in der Planung des Bundesfinanzministers schon alles enthalten ist. Vertraut ihr eurer eigenen Regierung so wenig, dass ihr sie noch einmal bestärken müsst, damit sie so agiert, oder wozu dient denn bitte dieser Antrag hier? – Das habe ich noch nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP)

Hans Herold (CSU): Lieber Helmut Kaltenhauser, ich schätze dich sehr. Das weißt du. Ich glaube, ich muss dir nicht erklären, dass es in aller Kürze um eine Entlastung unserer Bürgerinnen und Bürger geht, insbesondere auch aufgrund der derzeitigen Situation, Stichwort Inflationsrate, die derzeit bei ungefähr 8 % liegt. Mehr muss ich, glaube ich, nicht dazu sagen. Jeder von euch, zumindest von den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, weiß, worum es geht.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Abschließend erteile ich das Wort dem Vertreter der Staatsregierung, Herrn Staatsminister Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Liebe Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich sage zu, ich spreche über die kalte Progression.

(Klatschen bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Frau Köhler, ich weiß nicht, warum Sie hier klatschen. Sie haben hauptsächlich über Windenergie gesprochen, wenn ich es richtig gehört habe.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ja! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insofern habe ich mich gefragt, worüber wir eigentlich sprechen. Obwohl ich jetzt keine Vorlesung zur kalten Progression halten muss und eigentlich sagen könnte, ich schließe mich vollumfänglich und vollinhaltlich all dem an, was schon gesagt wurde, insbesondere von Bernhard Pohl und meiner Fraktion, möchte ich trotzdem noch sprechen, damit Sie mir zum Schluss nicht auch noch Arbeitsverweigerung vorwerfen.

Ich will Ihnen sagen – so habe ich den Antrag verstanden –, dass neben dem, was die CSU erreicht hat, auch zur Zeit meines geschätzten Vorgängers und des jetzigen Ministerpräsidenten Markus Söder, alle zwei Jahre über die kalte Progression berichtet und entschieden werden muss. Wir waren damals schon nicht zufrieden, und können auch jetzt noch nicht zufrieden sein; denn wir wollten damals schon den Tarif auf Rädern, eine jährliche Überprüfung und ständige Anpassung. Natürlich möchte ich auch darüber, Harald Güller, Auskunft geben, was ich vier Jahre lang mit einem Bundesfinanzminister Scholz erlebt habe, der nicht bereit war, steuerpolitisch auch nur ein Jota dessen anzunehmen, was wir gerne gehabt hätten, Stichwort Erbschaftsteuer. Ich glaube, auch viele bei der SPD müssten eigentlich eine andere Sichtweise haben. Das möchte ich auch einmal sagen. Uns heute vorzuwerfen, ihr habt das damals in Berlin bei eurem Koalitionspartner, der SPD, nicht durchgesetzt, die dies explizit verhindert hat, ist nicht in Ordnung. Es ist intellektuell nicht redlich.

Lieber Dr. Kaltenhauser, alles, was Herr Lindner vorschlägt und was in Berlin herauskommt, lässt sich in dem vor vier Jahren formulierten Anspruch der FDP zusammenfassen, lieber nicht zu regieren, statt falsch zu regieren.

(Matthias Fischbach (FDP): Wo waren Sie denn? Söder hat das sabotiert! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist Geschichtsklitterung!)

Die FDP hat sich schon längst für das Falschregieren entschieden. Alles, was Lindner vorschlägt, werden eure Koalitionspartner, Herr Fischbach – – Herr Fischbach regt sich auf. Passen Sie auf, Herr Fischbach, wir haben keinen Kardiologen hier. Regen Sie sich wieder ab!

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Dr. Spitzer ist hier.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sollten wir doch einen vor Ort haben, bitte ich darum, Herrn Fischbach sofort zu betreuen.

(Heiterkeit)

Glauben Sie mir eines, Herr Dr. Kaltenhauser: Mit den Vorschlägen, die die FDP jetzt in Berlin in Form von Globuli und weißer Salbe ausbreitet, werden Sie in Ihrer Koalition, in der Sie feststecken, von Anfang an scheitern. Glauben Sie mir das! Sie haben in Berlin die falsche Koalition gewählt. Sie werden die Steuermaßnahmen nicht durchsetzen!

(Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP) – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Jetzt brauchen wir schon zwei Kardiologen! Frau Kollegin, es ist bald Sommerpause. Erregen Sie sich nicht so.

(Heiterkeit)

Deswegen, glaube ich, ist der Antrag richtig. Wir müssen auf den Tarif auf Rädern umstellen und das System jährlich überprüfen. Ich glaube, niemand im Bayerischen Landtag kann dagegen sein, wenn wir dies tun. Wenn man dagegen ist, bricht für mich endgültig eine Welt zusammen, in der ich bisher gelebt habe.

Es entspricht auch der intellektuellen Redlichkeit, dass die kalte Progression bei einer Inflation von quasi null oder ein bisschen über null nicht die gleichen Auswirkungen hat wie bei einer Rekordinflation von 7 und 8 %. Das ist doch logisch. Deswegen

haben wir im Jahr 2022 durch die kalte Progression eine wesentlich intensivere Auswirkung auf den einzelnen Steuerzahler gehabt, als dies in den letzten Jahren noch der Fall war. Der Antrag ist auch deshalb richtig, weil wir jetzt, im Jahr 2022, darauf reagieren können. Wir können dem Steuerzahler in 2022 das, was durch kalte Progression verloren geht, zurückgeben. Insofern ist der Antrag wichtig. Wir können endlich auf den Tarif auf Rädern umstellen, den wir schon lange wollen und der damals – ich habe es gerade angesprochen, Herr Ministerpräsident – vom bayerischen Finanzministerium unter Ihrer Führung entworfen wurde. Heute haben wir dies noch nicht erreicht, weil die SPD in Berlin das Ganze gestoppt hat und heute im Landtag fragt, warum wir das brauchen.

Insofern, meine Damen und Herren, ist die kalte Progression nicht nur ein steuerpolitisches Paradoxon, sondern letztlich eine Gerechtigkeitsfrage. Die Herstellung dieser Gerechtigkeit ist mit relativ einfacher Gesetzesänderung in Berlin möglich. Dafür sind keine riesigen Steuerpakete nötig. Über die anderen steuerlichen Fragen haben wir uns schon oft ausgetauscht, aber ich habe – anders als meine Vorredner – versprochen, nur über die kalte Progression zu sprechen.

Eines möchte ich Ihnen allerdings noch sagen: Die EZB hat heute den Leitzins um 0,5 Basispunkte erhöht. Das ist mehr, ja sogar doppelt so viel, wie zunächst angekündigt und erwartet war. Auch hier merkt man, es wäre klüger gewesen, früher auf die Empfehlungen und Appelle der Bayerischen Staatsregierung zu hören. Wir haben jahrelang auch im Sinne der Menschen in unserem Land im Hinblick auf die Inflation und im Hinblick auf geldpolitische Normalität an die EZB appelliert, geldpolitisch bitte wieder Normalität herzustellen. Dies hat man nicht getan. Jetzt haben wir geldpolitisch leider kaum noch Möglichkeiten, die Inflation kurzfristig zu bekämpfen. Die 0,5 Prozentpunkte sind zwar aus geldpolitischer Sicht richtig, aber all die fiskalpolitischen Maßnahmen, die ergriffen wurden, haben die Inflation auch getrieben. Ich möchte hier feststellen: Es ist ein bisschen skurril, wenn man angesichts von Hunderten Milliarden

Euro, die man in Berlin an Schulden gemacht und unter das Volk gebracht hat, heute so tut, als hätte man die Menschen entlastet und Bayern hätte nur davon profitiert.

Herr von Brunn ist heute nicht da. Seit Wochen und Monaten fordert er, wir in Bayern sollten ein eigenes Entlastungspaket im Hinblick auf die Inflation schnüren. Alleine durch falsche Entscheidungen der Ampel in Berlin – Stichwort Energiegeld, bei dem 300 Euro Energiegeld unter das Volk gebracht werden, sogar an Menschen wie Staatsminister, die es gar nicht brauchen, während andere wie die Rentner vergessen wurden – zahlt der Freistaat Bayern eine Milliarde Euro dadurch, dass er in 2022 weniger Steuern einnimmt.

Ich muss ehrlich sagen: Bitte besinnen Sie sich in Berlin mit Ihren Ampel-Freunden darauf, Entlastungen vorzunehmen, die wirken und langfristig einen Sinn haben, anstatt Strohfeuer zu entfachen, die dann wieder ausgehen und dazu führen, dass ein Haufen Asche übrig bleibt und niemandem damit geholfen ist. Dies müssen wir als Konzept tun. Die kalte Progression ist ein Detail dessen, was zwingend noch für das Jahr 2022 getan werden und nicht erst an Weihnachten 2022 geprüft werden muss, um es dann an Ostern 2024 in Kraft zu setzen. Das muss unmittelbar getan werden, und es würde auch unmittelbar wirken.

Deshalb bedanke ich mich für diesen Antrag. Er unterstützt die Position der Staatsregierung maßgeblich. Wir werden über diese Punkte weiter mit der Ampel diskutieren. Den Kolleginnen und Kollegen der FDP kann ich nur sagen: Ran an euren Finanzminister! Sagt ihm, dass man in Bayern den Eindruck hat, er regiert lieber schlecht als gar nicht. Er sollte lieber gut als schlecht regieren. Das wäre das Ziel, und das würde euch auch helfen.

(Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Ich danke fürs Zuhören und bitte Sie, trotzdem eine schöne Sommerpause zu verbringen. Falls Sie dies tun: Wir als Staatsregierung müssen weiterarbeiten. Wir haben gesehen, dass sich Steuerpolitik nicht für irgendwelche emotionalen Ausbrüche eignet.

Hier geht es darum, den Menschen gezielt zu helfen. Das können wir sogar während der Sommerpause forcieren. Ich hoffe, dass die Abgeordneten in Berlin bald wieder zu arbeiten beginnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, bevor es in die Sommerpause geht, gibt es noch zwei Zwischenbemerkungen. Eine kommt von Herrn Kollegen Ferdinand Mang von der AfD.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrter Herr Finanzminister, erstens möchte ich erwähnen, dass ich es sehr amüsant finde, dass uns am Ende des Drei-Tage-Plenums unser Ministerpräsident beehrt.

Zweitens zu meiner Frage: Ich möchte wissen, wieso der CSU erst jetzt das Problem der kalten Progression auffällt. Das Problem gibt es schon länger. Es hat sogar dazu geführt, dass sich die Oberlandesgerichte 2018 dazu gezwungen sahen, die Einkommensgruppen besserzustellen und den Kindesunterhalt zu senken, weil das Lohnniveau schon damals seit Jahren im Sinken begriffen war.

Drittens. Sie haben mehrmals gesagt, dass Sie den Steuertarif auf Rädern befürworten. Im Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ist davon nichts zu lesen, in unserem Antrag aber schon. In unserem Antrag geht es um die Einführung des Steuertarifs auf Rädern. Dann können Sie diesem ja zustimmen.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Mang, die Themen haben wir in Berlin stets diskutiert, beim damaligen SPD-Bundesfinanzminister aber nicht durchsetzen können. Den Steuertarif auf Rädern hat der Ministerpräsident erfunden, damals in seiner Funktion als Finanzminister. Wenn die AfD sechs oder sieben Jahre nach der Erfindung nun auch auf den Trichter kommt, dann ist das nicht von Haus aus falsch. Aber wenn es sinnvoll wäre, dass ich Ihrem Antrag zustimme, für

etwas, das wir erfunden haben, würde uns, das muss ich Ihnen ehrlich sagen, doch alle sehr überraschen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Güller.

Harald Güller (SPD): Herr Finanzminister, habe ich das richtig verstanden: ein jährlicher Existenzminimumbericht, ein jährlicher Steuerprogressionsbericht und eine jährliche Anpassung? – Dann haben wir das mit der kalten Progression soweit erledigt, jawohl. Was hat das aber – nachdem Sie Herrn Kollegen Pohl so sehr gelobt haben, was ich innerhalb der Koalition ja verstehen kann – mit den Ausführungen von Herrn Kollegen Pohl zu tun gehabt? Er hat über die Ungerechtigkeit der Steuerpolitik für den gesamten Mittelstand und die gesamte Wirtschaft gesprochen. Das hat miteinander doch gar nichts zu tun.

Heute haben wir als Thema die kalte Progression. In dem Punkt "einmal jährlich" könnten wir uns wahrscheinlich sogar einigen. Mit Ihrem Antrag und insbesondere mit dem Redebeitrag des Herrn Kollegen hat das aber überhaupt nichts zu tun gehabt. Deswegen bleibt es bei unserer Ablehnung.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Umgekehrt ist am Antrag des Kollegen Pohl nichts falsch, was die SPD nicht hindern sollte, zuzustimmen, unabhängig davon, was Herr Kollege Pohl im Konkreten gesagt hat.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag von FREIEN WÄHLERN und CSU auf Drucksache 18/23715 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FREIE WÄHLER und CSU und die Abgeordneten Christian Klingen (fraktionslos) und Markus Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Enthaltungen! – FDP und Herr Kollege Raimund Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 18/23761 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion und Herr Kollege Markus Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, Herr Kollege Raimund Swoboda (fraktionslos) und Herr Kollege Christian Klingen (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.